

Halle und Umgebung.

Salle, 12. Mai.

Stadterordneten-Sitzung.

Salle, 11. Mai.

Am Vorstandssitz der Herren Justizrat L e m b e r g, Eisenbahndirektor B o r g e r t, und Konditorbesitzer P l a u t s.

Der Vorsitz wird ein Schreiben des Herrn Stv. Grede, der mittelst, daß er sein Mandat niederlege, und zwar aus gesundheitlichen Rücksichten. — Zum Provinzialrat des Saalekreises in Magdeburg am 5. und 6. Juni werden die Herren L a g in B e i e r, Gehseirat Prof. W i e r m a n n und W e i t z e r g e m e i n e r k ü h m e g e w ä h l t.

Eine Petition von Anwohnern des Südens, die um anderweitige Verwendung der Sportstättenüberschüsse bitten, wird dem Referenten zugewiesen.

Eine Petition des Geh. Studienrats W i e r m a n n um Anhebung von Schüler-Auditorien geht an den Petitionsausschuß.

Ein Eingabe der Ortsgruppe Halle des Verbandes Deutscher Gutschriftsvereine um Maßnahmen zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen, die namentlich im Interesse kinderreicher Familien liegen, geht an den Referenten.

Weiter teilt noch der Verband reisender Kaufleute seine Tagesordnung für die Versammlung am 22. Mai, hier, mit. Die Versammlung tritt danach in die Tagesordnung ein.

1. Dem Kaufmann Otto Funt soll die städtische Bauplatze VIII an der Zepfelfstraße zum Preise von 30 Mark pro Quadratmeter Vorderland und 15 Mark pro Quadratmeter Hinter- und Vorgartenland verkauft werden. Der von Herrn Funt gebotene Preis entspricht der Festsetzung durch die Baudeputation. Mit Rücksicht darauf, daß in der Gegend bisher nur zweihöfliche Häuser gebaut sind, ist Herrn Funt die Bauverpflichtung auferlegt worden, nach den Vorschriften für die Baugruppe III zu bauen.

Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. A h r e n s h a l t.)

Punkt 2 betrifft die Verlängerung der Straßenbahn Halle-Bülsdorf nach R e i d e b u r g. Die Vorlage (über die wir kürzlich berichtet haben. Ref.) wird angenommen. (Ref. Herr Stv. G r a d e h a n d.)

Herr Stv. A u e r f r ä g t an, ob der Preis auch nach der Verlängerung wie schon für die neue Linie nach Bülsdorf nur 10 Wk. betragen werde.

Herr Stv. H ü l l e m a n n ruft: Ja.

Herr Bürgermeister v. S o l l n e n g e n e t, er könne der Stimme aus dem Volke nicht ohne weiteres zustimmen. Es finden sich noch Erwägungen statt, ob man den 10-Wk.-Preis beibehalten sollte.

Herr Stv. Z e i l f ü h r t aus: Auf Grund der ministeriellen Anweisung, alle

Spartassenüberschüsse

zur Deckung der Kursverluste dem Sicherheitsfonds bis zu deren Annahmen auf 5 Proz. zuzuführen, hat für das Jahr 1913 eine Ueberweisung derartiger Ueberschüsse von der städtischen Sparkasse an den Garantieverband nicht stattgefunden können. Trotzdem liegen dringende Bedürfnisse vor, die eine Befriedigung außerhalb des Etats erfordern. Der Magistrat hat sich deshalb entschlossen, sie aus dem Ausgleichsfonds zu beschaffen, der in Voraussicht derartiger Gewinnaufschüsse aus den Spartassenüberschüssen der letzten drei Jahre gebildet worden ist und bereits die für ihn festgesetzte Maximalhöhe von 250 000 Mk. erreicht hat. Diese Bedürfnisse sind folgende:

1. hat der Magistrat der Gesellschaft für Säuuglingsfürsorge in Anerkennung ihrer erfolgreichen, die Kindersterblichkeit minderns Tätigkeit zur Deckung eines Defizits den Betrag von 4000 Mk. in Aussicht stellen müssen.

2. werden von der Armeidirektion zur Unterstützung verkränkelter Armer 19 000 Mk. und für den Zweigverein zur Bekämpfung der Schwindsucht 3000 Mk. beantragt.

3. ist als dringend wünschenswert anerkannt worden, den am westlichen Ufer der weißen Saale von der Talstraße zum Weinbergbrücke führenden und viel begangenen Promenadenweg in einem bescheidenen würdigen Zustand mit Aufwendung von 3000 Mk. zu versehen. Ebenso ist

4. an der Markburg noch einige heutzutage Arbeiten erforderlich, welche die vorgenommene Restaurierung erst zum Abschluß bringen, nämlich

a) die Beschaffung von Mobilien zur inneren Ausstattung des in diesem Jahre vollendeten Südburmes mit 14 000 Mk.

b) die Pfisterung des Burghofes unter den Arkaden des Südburghofes mit 2000 Mk., und

c) die Aufstellung alter Portale in dem Umgang mit 1000 Mk.

Endlich erhebt es sich die Petition darauf, daß im Etat des Museums (Kap. X O I 4) für Unterhaltung und Erweiterung der Sammlungen einfließ. Feuerversicherung nur 10 000 Mk. zur Verfügung stehen, unabweislich, wie in dem Vorjahre.

5. für Ankäufe zu Museumszwecken einen höheren Betrag, und zwar den von 14 000 Mk. berechneten. Ingesamt werden 60 000 Mk. gefordert.

Die Versammlung genehmigt widerstandslos die Vorlage.

Die Petition der Anwohner des Südens, die meinen, man solle diese Mittel für das Museum um, bewilligen, wenn statt dessen der Besener Weg und die Artillerieanlage in einen guten Zustand versehen, wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Am 15. und 16. Juni feiert das Landwirtsch. Institut der hiesigen Universität sein 50-jähriges Bestehen. Die Zahl der Teilnehmer wird nach Mitteilung des Direktors des Instituts, Herrn Gehseirat W e i t z e r g e m e i n e r, auf 800 Personen geschätzt. Bei der Veranstaltung des Landwirtsch. Instituts für die Unterbreitung der Stadt Halle erhebt es sich, wie der Referent Herr Stv. K i t t e r a n f ü h r t, angezeigt, daß unsere Stadt die Teilnehmer durch einen besonderen Empfang willkommen heißt, bei dem die ausserordentlichen Gäste möglichst auf besondere Schönheiten und Eigenheiten der Stadt hingewiesen werden. Zu diesem Zweck ist für Montag, den 15. Juni 1914, abends, eine Benefizfeier in den Räumen der Markburg in Aussicht genommen, da die Teilnehmer an diesem Tage zu einem Festmahl in den Räumen der Berg-

gesellschaftlich vereinigen. Am Dienstag, den 16. Juni, nachmittags, soll eine Bewirtung der Gäste im Zoologischen Garten erfolgen. Die Gesamtkosten sind auf etwa 2500 Mark zu veranschlagen. Der Magistrat beantragt, zu den vorbezeichneten Veranstaltungen einen Betrag bis zu 2500 Mark aus Kap. XX 13 des Stadthaushaltsplanes für 1914 zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt zu.

5. Die Landwirtsch. Kammer für die Provinz Sachsen beabsichtigt, im Jahre 1915 aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Provinz Sachsen eine allgemeine große landwirtsch. Provinzial-Ausstellung

abzuhalten und hat angefragt, ob ihr dazu von der Stadt Halle ein Platz und eine Behältnis zum Präsentationsfonds zur Verfügung gestellt werden könne. Der Magistrat hat ihr das Gelände an der Dessauer Straße (Magnerhofer und Schöcherer Platz), das als neuer Jahrmärzplatz in Aussicht genommen ist, angeboten und einen Zuschuß von 10 000 Mark zugelegt. Daraufhin hat der Vorstand der Landwirtsch. Kammer beschlossen, die Ausstellung in Halle a. S. abzuhalten.

Die Versammlung beschließt darauf, daß das bezeichnete Gelände der Landwirtsch. Kammer zum Zwecke der Ausstellung unentgeltlich überlassen und ihr ein Zuschuß von 10 000 Mark aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds des Rechnungsjahres 1915 gewährt wird. (Ref. Herr Stv. S t e i n b r ü c k.)

6. Durch Gemeindebeschuß vom 27. November 1913 ist eine Umgestaltung des nördlichen Teiles des W e t t i n e r P l a z e s, insbesondere die Geradlegung der Straßen vor der Hauptfront des Provinzial-Museums, genehmigt worden. Es empfiehlt sich, nachdem jetzt der hierdurch nötig gewordene Umbau mit dem Provinzialverband der Provinz Sachsen erfolgt ist, die Straßenänderung fluchtlinienplänmäßig festzusetzen. Der Magistrat ersucht daher die Stadterordnetenversammlung, um Aufhebung der entgegenstehenden früheren Beschlüsse, der Festlegung der Bauverpflichtungsweise Vorgartenfluchtlinie für das Grundstück des Provinzial-Museums an der Front des Wettiner Platzes und der Trifflstraße zuzustimmen. Das geschieht. (Ref. Herr Stv. G ü n t e r.)

7. Bei der im Jahre 1897 erfolgten Bebauung des Grundstücks B e l f o r t s t r a ß e Nr. 8 ist von letzterem eine ca. 10 Quadratmeter große Fläche fluchtlinienplänmäßig zur Straße entfallen. Die Parzelle seit jener Zeit dem öffentlichen Verkehr, gehört aber noch dem Grundstückseigentümer. Dieser hat sich bereit erklärt, das Land gegen die ihm gebotene Entschädigung von 5 Mk. pro Quadratmeter an die Stadtgemeinde abzutreten und aufzulassen. Der Vorstoß wird angenommen. (Ref. Herr Stv. R i c h t e r.)

8. Auf dem Grundstück „An der Steinmühle“ beabsichtigt Herr Baumeister F a h o ein Einamilienhaus zu errichten. Das Grundstück liegt an der der Privatbesitz liegenden Zufahrtstraße nach der Steinmühle; ihr freien Zugang von der Belkühntstraße aus erhalten. Die Führung einer Straße durch das Steinmühlengrundstück in späteren Jahren nicht ausgeschlossen ist, erscheint es angezeigt, für das Fahofische Grundstück bzw. für die Einmündung der zukünftigen Straße in die Belkühntstraße fluchtlinien festzusetzen. Für die Westseite der Straßeneinmündung soll das Ufer des Mühlgrabens die Straßenfluchtlinie bilden. Die Versammlung genehmigt die vorgelegte Fluchtlinie. (Ref. Herr Stv. K a l l m e y e r.)

9. Der Bauverein für Kleinwohnungen hat gebeten, die von ihm für Bebauung der Julius-Rühnstraße hinterlegten Kanalbaukosten freizugeben.

Man stimmt zu. (Ref. Herr Stv. K a l l m e y e r.)

10. Die am 27. Februar im „Wintergarten“ von dem Hallischen Bürgerverein und dem Bauverein für Kleinwohnungen eine einberufene überaus zahlreich besuchte Versammlung stiftet an die städtischen Körperbehörden das Ersuchen, feste, allgemein gültige Grundstücke aufzustellen, nach denen alle gemeinnützigen Bauvereine und privaten Bauunternehmer, die sich unter Verzicht auf jeden Spekulationsgewinn zur Herstellung von Kleinwohnungen verpflichten, in ihren Bestrebungen unterstützt werden können. Als solche Grundstücke wird die Herabgabe städtischen Baugrautes zum Selbstkostenpreise, Erleichterungen beim Straßenausbau, Gewährung von Darlehen und mäßigen Hypotheken, Uebernahme der Zinsgarantie gegenüber der Landesversicherungsanstalt, Uebernahme von Genossenschaftsanteilen und ähnliche Maßnahmen empfohlen.

Die Versammlung beschließt, die Petition durch die Vorlage des Magistrats als erledigt anzusehen. (Referent Herr Stv. K a l l m e y e r.)

Hier wird gleich Punkt 22 erledigt, der Maßnahmen zur

Förderung des Kleinwohnungsbaues

verlangt. Herr Stv. S t e i n b r ü c k referiert an der Hand der Magistratsvorlage (die wir untern Leiern leinzeit wörtlich mitgeteilt haben). Er empfiehlt die Vorlage als eine Grundanlage, auf der sich Verträge mit Baugenossenschaften und Privatbauunternehmern schließen lassen, die den Bau gelinder und preiswerter Kleinwohnungen verbürgen. Die Errichtung von Kleinwohnungen in billigerer Weise wird nicht vorgeschlagen. Man hofft in anderer Weise besser zum Ziel zu gelangen, wenn wir Bauhand errichten, und den Baugenossenschaften bis zu 90 Proz., den Privatbauunternehmern bis zu 80 Prozent Hypothek geben.

Herr Stv. K ü h m e r h a l t e die Vorlage nicht für geeignet, dem wirklichen Wohnungsbedarf zu wehren. Kinderreiche Familien können sich solche Wohnungen, wie sie sie brauchen, auch nach den Sätzen der Vorlage nicht leisten: für drei Zimmer nebst Zubehör bis zu 350 Mark, zwei Zimmer nebst Zubehör 250 Mark und ein Zimmer nebst Zubehör 150 Mk. da muß die Stadt mit Mietzuschüssen eingreifen. Wir würden die fränkischen bloßen Kinder in die Ferienkolonien, sie wären gesund zurück, aber sie müssen dann wieder hinein in überfüllte, ungesunde Schlafzimmern, und in wenigen Monaten ist der gute Erfolg wieder verflücht. Wir lassen aus dem Grunde schon eine Anzahl Kinder in dem Heim in der Dübenerstraße schlafen. Wenn eine kinderreiche Familie 1100—1500 Mk. Einkommen hat, dann kann sie nicht 300—350 Mk. Miete zahlen. Wir dürfen aber nicht eine Familie zurecht kommen. Die Kommission für Kleinwohnungen muß da Hand anlegen und Mittel erfinden, wo man hier den Fehel ansetzen kann. Wir können den kinderreichen Familien vielleicht dadurch entgegenkommen,

daß wir sie erlauben, sich eine größere gesunde Wohnung zu nehmen und ihnen 10 bis 20 Proz. Mietzuschuß leisten. Auf diese Weise kriegt man die Familien heraus aus den Enklaven. Was macht der Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht für große Aufwendungen, und sie sind oft vergeblich, weil das Wohnungselend alle Maßnahmen ungenützt macht. Der Geburtstiftung, aber den jetzt so geplatzt wird, hat auch vielfach keine Ursache darin, daß man lieber weniger Kinder haben will mit Rücksicht auf das Wohnungselend. Da werden lieber alternde Mittel angewendet und die Familie hat eine frante Mutter. Ich verpreche mir Nutzen davon, wenn wir Familien mit 4 und mehr Kindern in dieser Weise zu Hilfe kommen.

Herr Stv. G e r i g: Ich halte mehr erwartet, als die Vorlage bietet. Wir haben in Halle einen unauflöslich hohen Prozentsatz von Wohnungen, die menschenunwürdig sind. Da müßte die Polizei viel härter eingreifen und dann müßte auch mehr geschähen. Die Hauptfrage ist, daß die Stadt selbst Wohnungen baut. Das haben wir für durchaus zweckmäßig und durchführbar. Die Stadt hat Kapital genug dazu. Eine Reihe anderer Städte hat den Gedanken der eigenen Regie mit Glück durchgeführt.

Herr Stv. K a l l m e y e r: Wir sind wohl alle davon überzeugt, daß die Vorlage von außerordentlicher Bedeutung ist. Sie enthält ein Stück kommunalen Sozialismus. Das ist ein Gebiet, bei dem ich die Grenzen vorstiftig und scharf zugleich gezogen haben will, damit wir nicht darin kommen, daß die Stadt schließlich den gesamten Bedarf an Wohnungen zu decken hat, auch an größeren Wohnungen. Eine solche Art der Kommunalisierung möchte ich nicht. Warum baut man denn keine kleinen Wohnungen? Das müssen wir uns einmal klar machen. 1875 erst ist das Grundstückselend gekommen. Vorher überließ man es den Unternehmern, durch eigene Initiative Straßen anzulegen. Es verkaufte die Stadt vor dem Geleit das Terrain in den 70er Jahren moränenweise für 5000—6000 Mk. und die Spekulantien hatten da dann Straßen. Diese Spekulantien machten natürlich große Gewinne. Aber allmählich kam

die Zeit der Steuern.

Seit 1880 setzen diese Erhebungen ein. Es letzten die Baupolizeigebühren ein. Seit 1899 hat die Stadt 400 186 Mark darüber heringeht. 1900 fuh die Umfassung; sie brachte bisher 2 635 540 Mk. 1908 folgte die Wertungsbau; sie lieferte 417 000 Mk. Ertrag. Alles in allem sind die Steuern in Halle um 3 1/2 Millionen G e h ü h r e n seit jener Zeit abgenommen. Das ist natürlich eine harte Belastung. Dazu kam die Baugenenordnung. Sie ist zwar hygienisch außerordentlich wertvoll und erfreulich, aber es ist nicht zu verkennen, daß sie eine Vertuerung des Bauens gebracht hat. Ferner weist ich auf das Thema: Straßenausbau hin. Die städtische Bauverwaltung hat dabei immer den Standpunkt vertreten:

der Unternehmer kann bezahlen.

Seit langen Jahren erhebt man 50 Mk. Ausbaufoten als Einheitspreis, das war ungeschicklich, jetzt ist der Betrag auf 30, in 25 Mk. herabgesetzt. Um einen so starken Betrag sind Bauunternehmer lange Jahre zu Unrecht hohemommen. Im Bauauschuß haben wir oft dagegen gekämpft. Für die Bürgerseite verlangt man von Unternehmern teure Grundplätzen zu 16 Mk. pro Quadratmeter, die Stadt selbst legt Moßak zu 4 Mk. pro Quadratmeter. Auf dem Mühlweg müßte die Stadt die Matten entfernen, sie legte Moßak, aber für die Verlängerung des Mühlweges zur Steinmühle werden wieder Grundplätzen verlangt, weil sie da ein Wertmann, Herr Dieke, bezahlen muß. Angesichts der Verteuerung, wie sie die von mir angeführten Umstände mit sich gebracht haben, ist es nicht mehr möglich, Kleinwohnungen zu bauen. Daraus resultiert der Notstand, der immer größer wird. Den Begriff Zimmer müssen wir auch noch festlegen, ich schlage vor, das Wort Wohnraum dafür zu setzen. Wenn gelagt wird, der Flächeninhalt nutzbarer Grundfläche der Wohnung solle bis 75 Quadratmeter betragen, so erschiebe mit das zu hoch. Für Unteroffiziere werden die Wohnungen zu bemessen: 16 Quadratmeter die Stube, je 12 Quadratmeter zwei Kammern und 12 Quadratmeter die Küche = 52 Quadratmeter. Da erhebt sich eine Höchstgrenze von 60 Quadratmeter nutzbarer Flächen ausreißend. Es entspringt sich eine 1/2stündige Debatte, an der sich die Herren Stv. G r a d e h a n d, S t e i n b r ü c k, W e i t z e r g e m e i n e r, G ü n t e r, G e r i g, K a l l m e y e r, S c h r a m m e, S o ß und Herr Stadtrat T e p e l m a n n beteiligen.

Herr Stv. S o e e e b r i n g t den Antrag, daß auch Privatbauunternehmer bei dem Bau von Kleinwohnungen

städtisches Geld bis 90 Prozent

statt bis 80 Prozent gleich den Baugenossenschaften, die bis 90 Prozent ihre Häuser besitzen erhalten, bekommen sollen.

Der Antrag wurde angenommen.

Der Antrag küme auf Zahlung von Mietsbeisüssen an kinderreiche Familien wird gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt.

Bei der Schlußabstimmung wird die gelamte Magistratsvorlage mit geringen Änderungen angenommen.

Ferner beschließt die Versammlung auf Antrag des Herrn Stv. S o e e e

eine zweite Sitzung.

Auf die Debatte kommen wir noch zurück.

Anschließend ist die Mitteilung eingelaufen, daß Herr Stv. F o r g e s in Rücksicht auf Ueberführung sein Amt als Mitglied des Rechts- und Verkehrsaußschusses niederlegt. Es wird Herr Stv. W i e r m a n n gewöhlt.

11. Im Jahre 1911 hat die Stadtgemeinde eine 6695 Quadratmeter große Fläche des Viehmasthauses Plans

an der Schlossstraße für ein Viehstallhaus erworben. Bei Ausarbeitung des Projektes hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, dem Bauplan eine etwas andere Gestaltung zu geben. Um dies zu erreichen, sind erneut Verhandlungen mit den Viehmasthäusern Erben angeknüpft, die zu neuen Abmachungen geführt haben. Danach wird der weisse Teil des der Stadtgemeinde gehörigen Bauplatzes von etwa 2165 Quadratmeter an die Viehmasthäuser Erben zurückgegeben und von diesen eine Fläche von etwa 3045 Quadratmeter an die Stadt veräußert in der Weise, daß lediglich der Unterschied von 955 Quadratmeter von der Stadt mit 5 Mk. pro Quadratmeter zu bezahlen ist, während das übrige Land Fläche gegen Fläche ausgetauscht wird. Die Stadtgemeinde übernimmt die Verpflichtung, mit dem Ausbau der Schloss-





